

Wahlen und Weltwirtschaftskrise werfen ihre Schatten:

Namibia zum Jahreswechsel 2008/2009

von Hubert René Schillinger

1. Politische Entwicklung

Die Gründung der neuen Oppositionspartei RDP („Rally for Democracy and Progress“) durch ehemalige SWAPO-Funktionäre um den früheren Außenminister *Hidipo Hamutenya* (69) vor nunmehr gut einem Jahr hat, wie erwartet, Bewegung in die politische Landschaft Namibias gebracht. Die Folgen dieser Abspaltung bestimmten in erheblichen Maße das innenpolitische Geschehen im Jahre 2008.

Nur wenige prominente SWAPO-Politiker und -Funktionäre sind Hamutenya damals in die neue Oppositionspartei gefolgt. Statt Erleichterung hervorzurufen, wurde dies in SWAPO-Kreisen umgekehrt als Indiz dafür gewertet, daß sich heimlich noch „RDP-Maulwürfe“ in der Partei versteckt hielten, die es zu entdecken und ‚hinauszuspülen‘ gelte. Ein Misstrauen, das nicht völlig unbegründet war: Hamutenya hatte viele Jahre als aussichtsreichster Nachfolger des SWAPO-Gründungs- und ersten namibischen Staatspräsidenten *Sam Nujoma* (79) gegolten, bevor er 2004 bei der Kür des SWAPO-Präsidentschaftskandidaten am Widerstand Nujomas gescheitert und, für viele überraschend, dem jetzigen Staats- und Parteichef *Hifikepunye Pohamba* (73) unterlegen war. Entsprechend verfügte er unter den höheren und mittleren Funktionären der Partei über eine nicht unerhebliche Gefolgschaft, die seit 2004 allerdings zunehmend marginalisiert wurde und zum Teil aus ihren Posten entfernt worden ist. Gleichwohl existieren bis heute Personen in einflußreichen Positionen in Politik, Staat und öffentlichen Unternehmen, die sich einst offen zu Hamutenya bekannt haben, und deswegen unter Maulwurfsverdacht und Beobachtung ste-

hen. Die RDP ihrerseits tat hierfür ein Übriges, in dem sie verlauten ließ, viele ihrer Anhänger seien zunächst in der SWAPO geblieben, um erst später ihre wahre politische Identität zu enthüllen.

Unter Trappern und Fallenstellern...

Bei der einsetzenden politischen Maulwurfsjagd innerhalb der SWAPO erwiesen sich besonders die SWAPO-Jugendliga und die SWAPO-nahen Gewerkschaften als eifrige Jagdhelfer des von Altpräsident Nujoma gesteuerten Hardlinerflügels um die Generalsekretärin (und Justizministerin) *Pendukeni Iivula-Ithana* (56) und den Sekretär für Information und Mobilisierung, Dezentralisierungsminister *Jerry Ekandjo* (61).

Eine Reihe von bizarren Possen, die teils wochen- oder gar monatelang die öffentliche Debatte bestimmten, müssen im Kontext der Jagd auf die vermeintliche fünfte Kolonne gesehen werden. Hierzu zählte etwa die öffentliche Forderung der Jugendliga, den Vertrag mit der USA über einen 300 Mio. US-Dollar-Zuschuß¹ aus dem „Millenium Challenge Account“ (MCA) nicht zu unterzeichnen, welche Partei, Regierung, Parlament und ungläubige Öffentlichkeit im Herbst über Wochen in Atem hielt. Die Forderung gründete vor allem auf der Behauptung, der Vertrag sehe den Ausverkauf von Namibias Touristenmagnet, dem Ethosha-Nationalpark an US-amerikanische Investoren vor, was sich, wie andere Behauptungen auch, später als

¹ Für die Laufzeit der einmaligen MCA-Finanzierung (3 Jahre) wird die USA damit Namibia größter Geber. Zum Vergleich: von der EU erhielt Namibia im Rahmen des 9. EDF (2002-2007) insgesamt 95 Mio. Euro. Die deutsche bilaterale EZ liegt z.Zt. bei 56 Mio. Euro für den Zweijahreszeitraum 2007-2008.

‚Ente‘ herausstellte. Sie war verbunden mit Rücktrittsforderungen an zwei Minister, deren unbedingte SWAPO- besonders aber deren Nujoma-Loyalität in Zweifel steht.²

Anfang September bereits waren unter Führung des SWAPO-nahen Gewerkschaftsverbandes NUNW und seiner Transportarbeitergewerkschaft die 2.000 Beschäftigten des staatlichen Transportunternehmens TransNamib für eine Woche in den Ausstand getreten und hatten den Eisenbahnverkehr zum Erliegen gebracht. Mit dem Streik sollte einer für klassenbewusste Werktätige eher ungewöhnlichen Forderung Nachdruck verliehen werden: die Arbeiter wollten *partout* ihren Chef wiederhaben, den von einem neuen Aufsichtsrat wegen des Verdachts auf Unregelmäßigkeiten zuvor suspendierten TransNamib-Geschäftsführer. Obendrein wurde der Rücktritt des Transportministers gefordert. Mit beidem konnten sie sich am Ende nicht durchsetzen, trotz lautstarker Unterstützung durch Jugendliga und SWAPO-Frauenliga. Stattdessen wurde der Streik vom Arbeitsgericht für illegal erklärt.³ In späteren Stellungnahmen machten die Gewerkschaften dann deutlich worum es ihnen geht: Der vom Minister einge-

² Transportminister *Helmut Angula*, als Ex-Chef der Planungskommission zuständig für die Verhandlungen des MCA-Projektes, sowie der Jugend – (und frühere für Ethosha zuständige Umwelt-)minister *Willem Konjore*. Wirklichen Zorn erregt hat wohl bei einigen auch in lukrativen BEE-Geschäften engagierten Jungpolitikern die Vertragsklausel, wonach für MCA-finanzierte Vorhaben internationale Vergaberichtlinien (der Weltbank) und nicht die nationalen Namibias gelten sollen. Letztere sehen vor, dass Angebote einheimischer BEE-Unternehmen bis zu 15% teurer sein dürfen. Bei öffentlichen Aufträgen lassen sich so von gut vernetzten ‚ehemals Benachteiligten‘ und häufig über Scheinfirmen bequem Renten abschöpfen. Der eigentliche Auftrag wird an traditionelle (weiße) Unternehmen weitergereicht, die formal als Unterauftragnehmer fungieren.

³ Nach Angaben von TransNamib hat der Streik das Unternehmen ca. 50 Mio. N\$, und die gesamte Volkswirtschaft ca. 180 Mio. N\$ gekostet. Auch die in den politischen Ausstand geführten Beschäftigten kamen nicht ungeschoren davon, da sie für die Streiktage keinen Lohn erhielten: no work – no pay.

setzte neue *Board* sei illegal, alles sei Teil einer Strategie die öffentlichen Unternehmen „zu infiltrieren und zu destabilisieren“, das Topmanagement von TransNamib mit RDP-Anhängern und – Sympatisanten „vollzupacken“, und das Staatsunternehmen zur Wahlkampffinanzierung für die RDP zu nutzen, so ein offizieller Gewerkschaftssprecher auf einer Pressekonzferenz Ende September.

Wirklich große Tiere konnten die munteren Jagdgesellen bisher nicht erlegen. Die beiden inkriminierten Minister etwa sind immer noch im Amt. Nur kleinere Trophäen, wie der frühere Chef der Wahlbehörde, ein SWAPO-Regionalrat aus Katatura, die beide inzwischen zur RDP gewechselt sind, sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt NBC können von der Abschussliste gestrichen werden. Ganz oben steht dort derzeit der NBC-Intendant.⁴ Aber auch drei der engsten Berater von Pohamba etwa gelten unter SWAPO-Hardlinern als hochgradig maulwurfsverdächtig.

...und leicht erregbaren Demokraten...

Die neue politische Herausforderung durch die RDP führte leider auch zu einigen Zwischenfällen. Mehrfach haben SWAPO-Anhänger die RDP mit Gewalt an der Abhaltung öffentlicher Kundgebungen gehindert. Dabei kam es auf Seiten der RDP zu einigen Leichtverletzten. Der schlimmste Zwischenfall ereignete sich in der Ortschaft Outapi unweit der angolanischen Grenze, wo ein mit Äxten, Messern, Stöcken und Steinen bewaffneter Mob eine ordnungsgemäß angemeldete Kundgebung der RDP gewaltsam verhinderte. Die ange-reisten RDP-Vertreter mussten den Ort im Konvoi unter polizeilichem Geleitschutz

⁴ Eine weitere Provinzposse soll nun helfen, den seit langem unter Beschluss stehenden NBC-Intendanten, Bob Kandetu, zu Fall zu bringen. Bei der Ausstrahlung der Neujahrsansprache Präsident Pohambas im nambischen Fernsehen, soll für wenige Augenblicke eine RDP-Fahne im Bild gewesen sein. Wer wars? Und warum? Die Ergebnisse der Untersuchungskommission standen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch aus.

verlassen, wobei der Konvoi noch rund 50 km von Dutzenden von Fahrzeugen mit wütenden SWAPO-Anhängern verfolgt worden sein soll. Bei der Auseinandersetzung in Outapi waren erstmals auch Beamte der namibischen Polizei, die sich im Übrigen bei allen Vorfällen strikt neutral und erstaunlich professionell verhalten hat, von gewalttätigen SWAPO-Anhängern verletzt worden.

In all den Fällen gab Präsident Pohamba wie die gesamte SWAPO-Führung kein gutes Bild ab. Der eigene, meist von SWAPO-Lokalgrößen organisierte und angeführte Mob wurde regelmäßig als Opfer von „Provokationen“ dargestellt, wobei die Provokation offenbar bereits darin bestand, dass Oppositionsparteien ihr in der Verfassung garantiertes Recht auf Versammlungsfreiheit auch dort wahrnehmen wollten, wo nach Ansicht von SWAPO „SWAPO-Gebiet“ ist. Die Toleranzgrenzen dünnhäutiger SWAPO-Demokraten hatte Informationssekretär Ekandjo vorgegeben: man sei zwar nicht für Gewalt, so der Minister, aber SWAPO-Anhänger würden eben ‚spontan reagieren‘, sollte die RDP nicht aufhören Ex-Präsident Nujoma verbal zu attackieren, wobei er eine Parallele zu den ‚spontanen‘ Gewaltausbrüchen beleidigter und ‚provozierter‘ Muslime nach Erscheinen der Mohammedkarikaturen zog.

Immerhin sah sich das Anfang Dezember tagende ZK der SWAPO genötigt, auf die Vorfälle in Outapi zu reagieren. In einer Erklärung von Generalsekretärin Iivula-Ithana wurden, wie gehabt, ‚Agents Provocateurs‘, die Medien wegen der angeblichen ständigen Beleidigungen aktueller und ehemalige SWAPO-Führer und natürlich die Opposition für die Ereignisse verantwortlich gemacht. Gleichzeitig jedoch appellierte sie aber auch „an alle Mitglieder, ruhig zu bleiben und alle Formen der Provokation, von wem auch immer, zu ignorieren“.

Offenbar dämmert es mittlerweile den SWAPO-Verantwortlichen, daß sie zumin-

dest durch offene - noch dazu in den Medien dokumentierte - Gewalt (im Gegensatz zu subtileren Form der Einschüchterung) wenig zu gewinnen und viel zu verlieren haben; den immer noch guten internationalen Ruf des von ihnen regierten Landes insbesondere, und allem was damit zusammenhängt, das Vertrauen von Investoren und das Wohlwollen von Donoren inklusive. Nicht zuletzt der dramatische Appell des allseits geachteten SWAPO-Veteranen *Andimba Toivo ya Toivo* (84), der im November die Dämonisierung politischer Gegner öffentlich gebrandmarkt und zu Toleranz und gegenseitigem Respekt in der Politik aufgerufen hatte, dürfte Wasser auf die Mühlen der besonnenen Kräfte in der SWAPO gewesen sein. In einem Interview mit der Monatszeitschrift *Insight*, das Anfang Dezember erschien, legte Toivo ya Toivo dann nochmals nach: „Wenn die Dinge so weitergehen, wird das Menschenleben kosten“, so Toivo ya Toivo, und mahnte die SWAPO-Führung gewalttätigen und irregeleiteten Anhängern Einhalt zu gebieten.

Die gewaltsame Behinderung der neuen Opposition dürfte denn auch weniger ausgeklügeltem strategischem Kalkül und zentraler Steuerung durch die Parteizentrale entspringen, als vielmehr einer Art konditioniertem Reflex oder schlichter Macht der Gewohnheit bei den Verantwortlichen vor Ort – gepaart mit einer Portion Hass auf vermeintliche Verräter. Verleumdungen, Einschüchterungen, Drohungen und ‚No-Go-Areas‘, gehören seit eh und je zur politischen Kultur und Taktik der SWAPO. Das funktionierte bisher prächtig, solange man darauf achtete, dass ein bestimmtes Gewalt- bzw. Sichtbarkeitsniveau nicht überschritten wird. Der 1999 ebenfalls von der SWAPO abgespaltene CoD kann ein Lied davon singen.

...im SWAPO-Land...

Angesichts ihrer traditionellen Mehrheit in Verbindung mit der politischen Kontrolle, die sie weiter besonders über die ungebildete ländliche Bevölkerung im bevölke-

rungsstarken Norden ausübt, hat SWAPO offene Gewalt zum Zwecke des Machterhalts denn auch gar nicht nötig.

Dies zeigten einmal mehr sehr eindrücklich die vier Lokalwahlen des Jahres 2008.⁵

In zwei Fällen hatte auch die RDP erstmals Kandidaten zur Wahl gestellt, beide Male in der Region Ohangwena, einer traditionellen SWAPO-Hochburg, gleichzeitig jedoch Heimat eines Großteils der neuen RDP-Führung und Siedlungsgebiet der Kwanyama, als deren Interessenvertreter die RDP sich inzwischen mehr oder weniger offen ausgibt.⁶ Hier hatte sich die neue Opposition nach eigenem Bekunden anfangs sogar Siegchancen ausgerechnet. Umso niederschmetternder dann die Ergebnisse:

Während SWAPO, wie üblich 90% und mehr der Stimmen erzielte, kam die RDP auf klägliche 6% bzw. 8%, wurde damit aber in beiden Fällen immerhin auf Anhub stärkste Opposition. Für eine Partei, die nach eigenem Anspruch als Machtalternative zur SWAPO angetreten ist, aber war dies ein komplettes Desaster. Zwar klagte die RDP beide Male, und wohl auch zu Recht, über massive Einschüchterungen ihrer Anhänger, blieb aber ansonsten den Beweis grober Unregelmäßigkeiten, die einen signifikanten Einfluss auf den Wahlausgang hätten haben können, schuldig, selbst wenn der Verdacht bleibt, das nicht immer alles 100% mit rechten Dingen zugegangen ist.⁷ Realpolitisch betrachtet sind

⁵ In drei Fällen handelte sich dabei um jeweils auf einen Wahlkreis beschränkte Nachwahlen zum Regionalrat. In dem neu zur Stadt erhobenen Ort Omuthiya wurde erstmals ein Gemeinderat gewählt.

⁶ Auch Parteichef Hamutenya ist Kwanyama und stammt aus der Region Ohangwena.

⁷ Öffentliche Klagen darüber, dass die Wahl weder frei noch fair gewesen sei, gab es v.a. bei der Wahl im März in dem Wahlkreis Eenhana. Dort erhielt die RDP ihren Angaben zufolge nur ein Bruchteil dessen an Stimmen, was sie dort an Mitgliedern hat. Die meisten ihrer Anhänger hätten sich nicht getraut zur Wahl zu gehen, da von der SWAPO u.a. das Gerücht gestreut worden sei, die Wahl sei nicht geheim. Die SWAPO habe ihre Wähler zum Teil mit Regierungsfahrzeugen zu den Wahllokalen ge-

dies ins politische Kalkül zu ziehende Rahmenbedingungen, welche gerade den einstigen SWAPO-Funktionären der RDP eigentlich bestens hätten vertraut sein müssen.

...wo die Wahlen 2009 bereits ihre Schatten werfen...

In dem Maße, wie die anfängliche Furcht vor der neuen Opposition der mehr oder minder starken Gewissheit wich, mit dieser Herausforderung fertig zu werden, hätte sich die SWAPO wieder stärker ihrer Aufgabe als Regierungspartei zuwenden können. Davon war jedoch insgesamt wenig zu spüren. Bisweilen drängte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck auf, die Navigation des Regierungsschiffs sei gerade auf Autopilot gestellt.

Sollte die Kabinettsumbildung im April, der ersten in Pohambas Amtszeit, Hoffnungen auf frischen Wind in Namibias Amtsstuben geweckt haben, wurden diese enttäuscht, sieht man einmal von wenigen rühmlichen Ausnahmen ab, wie etwa die des in der SWAPO ungeliebten neuen Ministers für Transport und öffentliche Arbeiten, Helmut Angula, der Ende des Jahres die Arbeit seines eigenen Hauses in außergewöhnlich scharfer Form kritisierte, und von seinen Mitarbeitern mehr Einsatz und Effizienz verlangte.

Bei dem „*Reshuffle*“ mussten 10 Minister und 6 Vizeminister untereinander ihre Schreibtische vertauschen. Mit Ausnahme von Ex-Premier und Vizeparteichef *Hage*

karrrt. Bemängelt wurde ferner, dass der Druck der Wahlzettel im Auftrag der Wahlkommission bei der SWAPO-Druckerei *Namprint* erfolgt sei. Es seien, so behauptet die RDP, weit mehr Wahlzettel als erforderlich gedruckt worden. Über den Verbleib der überzähligen *Ballots* sei jedoch nichts bekannt. Über Unregelmäßigkeiten klagt übrigens auch die Oppositionspartei RP (nicht zu verwechseln mit der RDP) im Falle des Wahlkreises Rundu-West. Sie präsentierte dazu 65 Erklärungen von Personen, die an Eides statt bezeugten, in einem bestimmten Wahllokal ihre Stimme für die RP abgegeben zu haben. Bei der offiziellen Stimmauszählung hatte die RP dort nur 3 Stimmen erhalten.

Geingob (67)⁸, der nach sechsjähriger Abwesenheit nunmehr als Wirtschaftsminister an den Kabinetttisch zurückkehrte, sowie des bisherigen namibischen Botschafters in Berlin, *Peter Katjavivi* (67), der zum Generaldirektor der Planungskommission ernannt wurde, gab es jedoch keine neuen Gesichter am Kabinetttisch. Das war sowohl aus verfassungsrechtlichen (Minister müssen Mitglieder des Parlaments sein) wie aus politischen Gründen, nur eineinhalb Jahre, bevor ein neues Parlament gewählt wird, aber auch nicht wirklich anders zu erwarten.

Die Wahl oder genauer: die zu erwartende innerparteiliche Auseinandersetzung um Kandidatenaufstellung und Listenplätze warf bereits 2008 ihre Schatten. In Kombination mit der Maulwurfshysterie, hat dies dazu geführt, dass auch nach dem Abgang der Abweichler weiterhin existierende innerparteiliche Konfliktlinien in der SWAPO erneut offen zutage traten. Es handelt sich dabei um eine Mischung aus Generationenkonflikt, persönlichen Animositäten, Richtungsstreit und simpler Verortung und Positionierung für 2009. Grob vereinfacht lässt sich der Konflikt auch als einer zwischen Alt („Tanganyika-Fraktion“) und jung, Amtsinhabern und Herausforderern, gemäßigt und (verbal-)radikal, satt und gierig, Regierung und Partei beschreiben. Auf der einen Seite steht dabei die Mehrheit der meist älteren Minister und Abgeordneten, die sich um Staatspräsident Pohamba scharen. Auf der

⁸ Geingob war 2002 von Nujoma aus seinem Amt als Premierminister entlassen worden, wegen allzu offen zur Schau gestellter Nachfolgeambitionen, wie es hernach hieß. Nach einem kurzen Intermezzo in den USA kehrte er 2004 wieder nach Namibia zurückgekehrt, wo er 2005 zunächst als einfacher Abgeordneter auf den Hinterbänken des Parlaments Platz nahm. Seit April 2007 stand er der SWAPO-Fraktion im Parlament vor bis zu seiner Ernennung als Wirtschaftsminister. Auf dem Kongress 2007 haben die Delegierten den der Minderheitsethnie der Damara angehörigen Geingob zum SWAPO-Vizepräsidenten und damit ersten Anwärter auf die Nachfolge von Pohamba als Staats- und Parteichef gewählt.

anderen Seite alle anderen, vor allem die Ambitionierten, die an die Fleischtöpfe, oder Beute, etwa durch BEE machen, bzw. auf der Karriereleiter weiter nach oben wollen, und sich zu diesem Zweck hinter dem vermeintlich stärksten Bullen im Kraal, Altpräsident Nujoma, versammelt haben.

... mit oder ohne Pohamba?

Wer geglaubt hatte, dass Staatspräsident Pohamba nach seiner Wahl zum Parteichef nun alle Zügel in Partei und Staat in Händen hielte, musste sich 2008 eines Besseren belehren lassen. Genau das Gegenteil trat ein. Ausgerechnet der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Nujoma umgängliche, tolerante, diskussionsbereite, nicht machversessene, dafür eher konfliktscheue Pohamba, musste sich auf einer ZK-Sitzung im August von vorlauten Jungpolitikern vorwerfen lassen, er konsultiere nicht genügend. Alle Regierungsentscheidungen inklusive aller Personalentscheidungen, so deren Forderung, müssten von der Partei vorher beraten und genehmigt werden, die Partei müsse entscheiden, die Aufgabe der Regierung sei es, die Entscheidung anschließend im Auftrag der Partei zu implementieren. Hier war sie die Debatte um das Verhältnis Partei und Staat, „Koch und Kellner“, nicht zuletzt ermutigt und angetrieben durch die Entwicklungen bei der großen Bruderpartei ANC in Südafrika, wo etwa zur selben Zeit der bereits entmachtete Staatspräsident auf Betreiben seiner Partei auch noch sein Amt verlor. Auch wenn es zu keinem formalen Beschluss kam: die Debatte zeigte, dass Pohamba nicht über die Autorität verfügt, die ihm eigentlich kraft seiner beiden Spitzenämter zukommen müsste. Wenn es ein Machtzentrum gibt, liegt das, wie gehabt, beim Altpräsidenten.

Intern flammten sogar Diskussionen auf, ob weiter Pohamba die Partei in den Wahlkampf 2009 führen solle, wie das der SWAPO-Kongress im November des Vorjahres beschlossen hatte. Mehrfach berichteten die Medien über eine Kampagne, die

aus dem Umfeld von Nujoma lanciert werde und das Ziel habe, Pohamba zum Rückzug zu bewegen und einen neuen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten aufzustellen. Ausgerechnet Informationssekretär Jerry Ekandjo, nach Lage der Dinge neben Parteivize Geingob einer von zwei potentiellen Alternativkandidaten, musste sich Mitte November namens der Partei öffentlich hinter Pohamba stellen.⁹ Pohamba sei weiterhin der Präsidentschaftskandidat der SWAPO für 2009, es gebe keinerlei Pläne für die Abhaltung eines Sonderparteitages (notwendig um den Kongressbeschluss von 2007 zu revidieren). Und so wird es denn wohl auch bleiben, es sei denn Pohamba selbst erklärt von sich aus seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur.

In Treue fest: Außenpolitik als Solidarität unter (problematischen) Freunden

Während in der Innenpolitik die Wahlen im November 2009 bereits ihre Schatten warfen, war außenpolitisch wenig los. Hochrangige politische Besucher verschlug es 2008 nur sehr sporadisch nach Namibia. Hierzu gehörten etwa der damals noch amtierende Präsident Südafrikas, Thabo Mbeki, der Ende Mai mit großem Gefolge und einer Reihe bilateralen Abkommen im Gepäck nach Namibia kam, sowie Mitte November eine hochrangige ANC-Delegation unter ihrem neuen Parteichef Jacob Zuma, die als Gast der SWAPO Windhoek besuchte. Botswanas neuer Staatspräsident Ian Khama absolvierte ebenfalls seinen Antrittsbesuch.

Ehrengast bei den Feierlichkeiten zum namibischen Nationalfeiertag, war diesmal der Präsident des Präsidiums der Höchsten Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Korea. Die Feierlichkeiten

⁹ Die Gerüchte besagten auch, dass Nujoma im Rahmen eines Geingob-Szenarios versuchen wolle, seinen Sohn Uutoni Nujoma (56), den derzeitigen Vizejustizminister, als stellvertretenden Parteichef zu etablieren, mit dem Ziel das Präsidentenamt nach einer weiteren Legislaturperiode in die Familie zurückzuholen.

standen im Zeichen der Einweihung des neuen namibische Staatshauses. Der neue Amtssitz des Präsidenten war in sechsjähriger Bauzeit von einem nordkoreanischen Staatsunternehmen errichtet worden, vornehmlich auch mit nordkoreanischen Arbeitern. Der Monumentalbau, der auf einem 25 ha großen Areal errichtet wurde, soll den namibischen Steuerzahler offiziell mehr als 400 Mio. N\$, nach inoffiziellen Schätzungen eher das Doppelte gekostet haben. Die dazugehörige Residenz, die von der chinesischen Regierung finanziert und von chinesischen Unternehmen errichtet wird, ist noch im Bau.

Kontrovers blieb auch 2008 wieder Namibias Haltung zu Simbabwe. Während in der SWAPO-Partei die glühenden Muga-beverehrer, wie der Chef der Jugendliga, weiterhin das große Wort führten, des Despoten heldenhaften Kampf gegen die Marionetten des bösen Westens sowie seinen angeblich demokratisch errungenen Wahlsieg im Juni feierten, und im ZANU-PF-O-Ton den niederträchtigen „rassistischen“ Sanktionen westlicher Imperialisten und Neokolonialisten die Schuld für die simbabwische Misere in die Schuhe schoben, gab es aus der Regierung praktisch nie Kommentare zu Simbabwe. Auf SADC-Ebene unterstützt Namibia offiziell die Vermittlungsbemühungen von Thabo Mbeki, gehört aber de facto neben Angola und dem Kongo immer noch zu den engsten Verbündeten Mugabes und Verteidigern seines Terrorregimes. Weiterhin gibt es auch gelebte Solidarität und Schulterchluss. Das kleine Namibia gehörte zu den ersten, die nach Ausbruch der Cholera-Epidemie im November mit einer Hilfslieferung vor Ort waren. Namibia finanziert die Rehabilitation des simbabwischen Kohlekraftwerks in Hwange, und bezieht dafür neuerdings Stromlieferungen aus dem von chronischen Elektrizitätsengpässen heimgesuchten Land. Die Regierungverlage beider Länder betreiben eine gemeinsame in Windhoek erscheinende, obskure und offenbar hochdefizitäre Wochenzeitung namens „*Southern Times*“,

die inzwischen komplett vom namibischen Steuerzahler unterhalten wird. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, inklusive der Kirchen, und die politische Opposition hingegen sind Anti-Mugabe. Auch 2008 kam es wieder zu öffentlichen Protesten gegen das Regime in Harare, diesmal vor der chinesischen Botschaft, wo im April gegen das „*Ship of Shame*“ getaufte chinesische Schiff, welches chinesische Waffen für Mugabe an Bord führte, demonstriert wurde.

In Zement gegossen: Die namibisch-deutschen Beziehungen

Auch in Bezug auf die deutsch-namibischen Beziehungen gab es 2008 eher wenig, vor allem wenig Kontroverses zu vermelden. Das Wiedergutmachungsthema spielte 2008 nicht die Rolle, die es in den Vorjahren gespielt hatte. Die Implementierung von Projekten im Rahmen der 20-Mio. Euro – Versöhnungsinitiative ist angelaufen. Ob diese ihre politischen Ziele erreichen kann, darf jedoch weiter bezweifelt werden. In der EZ fanden 2008 keine Regierungsverhandlungen statt. Lediglich sog. „Konsultationen“ standen auf der Tagesordnung. Im Gegensatz zum Tourismus, wo der Besucherstrom aus Deutschland weiter zunimmt, weshalb Air Namibia inzwischen fünf Direktflüge pro Woche anbietet, entsprach der politische Besucherstrom eher einem Rinnsal: Bundesforschungsministerin Schavan, Bundestagspräsident Lammert und eine Delegation des Afrika-Vereins besuchten das Land. In die Gegenrichtung: Fehlanzeige. Dagegen gibt es auf wirtschaftlichem Gebiet Erfreuliches wie selten zu vermelden: bis 2010 wird die deutsche Schwenk KG (Ulm) nahe Otavi für insgesamt 2,5 Mrd. N\$ ein Zementwerk (Ohrongo Cement) bauen, das 700.000 Tonnen Zement pro Jahr produzieren soll, davon die Hälfte für den Export (Angola, Botswana). Etwa 300 direkte und bis zu 1.500 indirekte Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden. Bei dem Ohrongo Cement Projekt handelt es sich nach Botschaftsangaben um die größte Aus-

landsinvestition aus Deutschland seit der Unabhängigkeit Namibias.

2. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Trotz Weltfinanz- und -wirtschaftskrise: verhaltenes Wirtschaftswachstum, aber hohe Inflation

Im Gefolge der von den USA ausgehenden internationalen Finanzkrise und der einbrechenden Konjunktur, die sich in den letzten Monaten des Jahres wie ein Ölfleck über die gesamte Weltwirtschaft verbreitete, musste die hiesige Zentralbank im Oktober ihre optimistische Wachstumsprognose von ursprünglich 4,7% auf 3,7% korrigieren, was in etwa dem Ergebnis des Vorjahres entsprochen hätte.¹⁰ Das gesamte Ausmaß des weltweiten Konjunkturertrucks war allerdings damals überhaupt noch nicht abzusehen. So werden es am Ende wohl eher 3% werden, wie der Internationale Währungsfonds anlässlich der jährlichen Artikel IV- Konsultationen im Dezember prognostizierte. Für 2009 geht der IWF von einer weiteren Verlangsamung auf nur noch 2% aus, d.h. etwa die Hälfte des durchschnittlichen Wachstums seit der Jahrtausendwende. Immerhin: in eine Rezession schlitterte das Land danach nicht.

2008 war lange Zeit nichts von den dunklen Wolken einer heraufziehenden Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise zu sehen. Nicht Rezession, sondern Inflation war das Thema. Im ersten Halbjahr vor allem stöhnten die Menschen über steigende Lebensmittel- und Energiepreise. Die namibische Regierung reagierte Anfang Juni auf

¹⁰ Die optimistischen Aussichten für das Wirtschaftsjahr 2008 waren keineswegs auf einheimische Beobachter beschränkt. In dem Anfang Juni veröffentlichten „*Africa Economic Outlook 2008*“ von OECD, Afrikanischer Entwicklungsbank und VN Wirtschaftskommission für Afrika wurde für Namibia ein Wachstum von 4,4% prognostiziert, angetrieben vom Rohstoffboom, vor allem den Erlösen aus dem Abbau von Diamanten und Uran.

wachsenden öffentlichen Druck mit der Entscheidung eine Reihe von Grundnahrungsmittel wie Mehl, Brot, Speiseöl, frische und getrocknete Bohnen von der 15%-igen Mehrwertsteuer zu befreien. Die Entscheidung trat nach der Novellierung des Mehrwertsteuergesetzes zum 1. August in Kraft und führte zunächst tatsächlich zu Preissenkungen bei den besagten Produkten. Nachhaltig war dieser Effekt, das war zu erwarten, nicht. Infolge des schwachen Wechselkurs und der allgemeinen Inflationsentwicklung waren die Preissenkungen bald wieder aufgesogen, die fiskalisch nicht ganz billig erstandene Wirkung populistischer Symbolpolitik (,die Regierung, weiß auch nicht, wie es weiter geht, aber tut wenigstens was') verpufft. Nur die Einnahmeausfälle bleiben. Ihren Höhepunkt erreichte die Inflationsentwicklung im Oktober mit einer Teuerungsrate von 12%, flachte dann als Folge der abstürzenden Rohölpreise wieder ab. Vor allem die Autofahrer konnten aufatmen: die Preise an den Zapfsäulen wurden im 4. Quartal mehrmals nach unten korrigiert. Auf das Jahr bezogen wird der Preisanstieg dennoch erstmals wieder im zweistelligen Bereich liegen (10,4% so die Schätzung von IJG Securities vom 24.11.). Gegenüber den Vorjahren (2006: 5,0%, 2007: 6,3%) hat er sich damit fast verdoppelt. Für 2009 rechnet der IWF allerdings wieder mit einem Rückgang der Teuerungsrate in den einstelligen Bereich.

...doch kann Namibia die Folgen der Krise meistern?

Folgt man der Wachstumsprognose des IWF, stünden die Chancen gut, dass Namibia relativ glimpflich davon käme. Wie viel diese Prognose wert ist, wird man erst hinterher wissen. Selten zuvor in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte tappen auch die sog. ,Experten' mit ihren Vorhersagen so sehr im Dunkeln, wie in der aktuellen Wirtschaftskrise.

Das Bankensystem ist solide und an Geld mangelt es nicht ...

Dafür, dass die Folgen der Krise in Namibia verkraftbar sein werden, sprechen einige Gründe. Zunächst ist der Bankensektor wegen der Devisenkontrollen und der Bankenaufsicht im CMA-Raum.¹¹ offenbar von den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten fast völlig verschont geblieben. Hochriskante Finanzderivate aus den USA und andere ,toxische' Papiere lagerten, so wird versichert, nicht in den Depots der Banken. Das Bankwesen funktioniert bisher wie gehabt, erscheint liquide und auch weiter gewillt die Wirtschaft mit den notwendigen Krediten zu versorgen. Die namibische Zentralbank hat, ihr Inflationsziel vor Augen, deshalb nur einmal, Ende des Jahres, ihren Leitzins von 10,5% auf 10% gesenkt.

Prinzipiell mangelt es dem Land auch nicht an Geld. Namibia verfügt traditionell über eine nicht nur für Entwicklungsländer hohe Sparquote. Diese betrug im Zeitraum 1990 – 2006 im Schnitt 27,4% des BIP. Ihr stand eine Investitionsquote von nur 22,9% entgegen.¹² Seit der Unabhängigkeit exportiert das Entwicklungsland Namibia also fortgesetzt Kapital - mangels lukrativer lokaler Anlagemöglichkeiten für die überwiegend von Pensionsfonds und Lebensversicherungen gehaltenen Ersparnisse. Das bedeutet aber auch, dass es hier prinzipiell Spielräume gibt, die sicherstellen sollten, dass rentable Investitionsvorhaben nicht an Finanzierungsengepässen scheitern müssen. Ob allerdings der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, der Richtige ist, in dem sie Fonds und Versicherungen seit Februar per Gesetz zwingt, einen höheren Anteil ihrer Einlagen lokal zu investie-

¹¹ Der ,Common Monetary Area' (CMA) gehören Südafrika, Namibia, Lesotho und Swaziland an. Die Währungen der kleinen Länder sind im Verhältnis 1:1 an die Leitwährung Rand gekoppelt.

¹² Alle *Middle Income Countries* weisen für den selben Zeitraum im Durchschnitt eine niedrigere Sparquote (19,9% , dafür aber eine höhere Investitionsquote (24,8%) als Namibia auf. Sie sind Kapitalimporteure.

ren, wird von Experten mit unverhohlener Skepsis betrachtet.¹³ Befürchtet wird, dass diese indirekte staatliche Investitionslenkung zu höheren Risiken und niedrigeren Renditen - und damit im Endeffekt zu niedrigeren Renten führt. Da ist was dran, nur: das Argument, dass man das doch besser alles dem Markt überlassen solle, war auch schon einmal überzeugender. Auch die hiesigen Fonds und Versicherungen mussten in der aktuellen Krise, und das völlig marktkonform, gehörig Federn lassen.

auch an den öffentlichen Finanzen sollte es nicht scheitern...

Wo es die Wirtschaft selbst nicht mehr richtet, ist in Krisenzeiten wie diesen der Staat gefragt. Namibia scheint hier besser gerüstet, als manch anderes vergleichbare Land. Aufgrund der vorsichtig-konservativ Ausgabenpolitik der letzten Jahre, einer verbesserten Steuereintreibung, aber vor allem wegen der stark gestiegenen Einnahmen aus den gemeinsamen Einnahmetopf der Zollunion SACU¹⁴ ist der namibi-

¹³ Die Angaben über die Höhe des von Pensionsfonds und Lebensversicherungen verwalteten Vermögens variierte Mitte des Jahres zwischen dem ein- und anderthalbfachen des namibischen Bruttoinlandsprodukts, nämlich zwischen 65 Mrd. N\$ und 95 Mrd. N\$. Der Pensionsfonds für den öffentlichen Dienst allein wies Anfang 2008 einen Bestand von 36 Mrd. N\$ aus. Wie viel davon durch die Krise verspielt wurde, ist nicht bekannt. Die Neuregelung sieht u.a. vor, dass in drei Stufen, bis Mitte 2011 mindestens 5% des Kapitalstocks von Fonds und Versicherungen in nichtbörsennotierten Anlagen / Unternehmen in Namibia investiert sein müssen. Die betroffene Versicherungsbranche wehrt sich bisher heftig, droht offenbar weiter mit Verfassungsklage, obwohl sie bereits einige Änderungen bei den Neuregelungen erwirken konnte.

¹⁴ SACU existiert seit 1910 und ist damit die älteste Zollunion der Welt. Ihr gehört neben den CMA-Ländern (vgl. Fußnote 11) auch Botswana an. Die an den SACU-Außengrenzen erhobenen Abgaben fließen in einen gemeinsamen „Revenue Pool“ und werden von dort nach einem bestimmten Schlüssel an die Mitgliedsländer ausgeschüttet. Der derzeitige Verteilungsschlüssel enthält eine Subventionskomponente zugunsten der kleinen Länder, die zulasten Südafrikas geht. 2007/08 stammten 44% der namibischen Staatseinnahmen von SACU.

sche Staatshaushalt in Ordnung und für eine stärker expansive Fiskalpolitik gerüstet. Die Regierung verfügt über die nötigen Finanzspielräume, um mittels erhöhter Staatsausgaben und Steuererleichterungen zur Unterstützung der Binnennachfrage dem Nachfrageausfall aus dem Ausland gegenzusteuern. Nach dem zweimal hintereinander in der Endabrechnung mit 4,8% des BIP (2006/07) bzw. 3,3% (2007/08) signifikante Haushaltsüberschüsse eingefahren worden sind, ist die Staatsverschuldung in den letzten Jahren stark zurückgegangen und zwar von 30,6% (2005/06) auf 21,8% der BIP im Haushaltsjahr 2007/08. Sie liegt damit mittlerweile unter der fiskalpolitischen Zielmarke von 25% und ist im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig.

Bereits der aktuelle Haushalt 2008/09, der zum 1. April, also lange vor Ausbruch der Krise, in Kraft trat, war expansiv ausgerichtet und dürfte sich so im Nachhinein als ein Segen für die Binnenkonjunktur herausgestellt haben. Er sah eine Steigerung der Ausgaben von nicht weniger als 26% und, nach zwei Überschussjahren, ein erneutes Haushaltsdefizit (-2,7%) vor. Darin enthalten waren unter anderem auch eine Erhöhung der Sozialausgaben bzw. eine Stärkung des sozialen Sicherungsnetzes. Diese Ausgaben dürften als unmittelbar konsumwirksame der lokalen Wirtschaft in besonderem Maße zu Gute gekommen sein.

Dies gilt für die Erhöhung der staatlichen Altersrente um nicht weniger als 22% auf nunmehr 450 N\$ im Monat (ca. 35 Euro zum gegenwärtigen Umrechnungskurs), wobei zusätzlich die Zahl der Anspruchsberechtigten um 20% von 150.000 auf 180.000 gestiegen ist; sowie die Ausdehnung des Kindergeldes für Waisen und andere gefährdete Kinder, von denen in diesem Jahr weitere 50.000 Kinder profitieren sollen. Die neue Veteranenrente, die monatlich 2.000 N\$ (ca. 180 Euro) beträgt, kam in diesem Jahr 1.500 bereits erfassten (Alt-)Veteranen zu Gute, wird aber ab

2009 einen weit größeren Nutznießerkreis umfassen.¹⁵

Das vorläufige Ende des Rohstoffbooms verheißt nichts Gutes...

Auf der anderen Seite leidet Namibias Wirtschaft natürlich ebenfalls unter der Krise. Schon früh war dies an der Börsenentwicklung abzulesen: Ende September schon hatten die an der namibischen Börse NSX gehandelten Aktien im Vergleich zum Jahresbeginn einen Viertel ihres Wertes eingebüßt.

Dem Bergbau insbesondere, der das Rückgrat der hiesigen Wirtschaft bildet und der für die Hälfte der Exporterlöse verantwortlich ist, stehen harte Zeiten bevor. Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen ist abrupt eingebrochen, die Rohstoffpreise sind im Keller, der Rohstoffboom, der das Wachstum getragen hat, zu Ende. Alle vier Kupferminen des Landes, haben im Dezember geschlossen, nach dem der Kupferpreis in nur vier Monaten von 8.400 US\$/Tonne auf unter 2.000 US\$/Tonne abgestürzt war, mehr als 600 Arbeitskräfte stehen auf der Straße. Der Diamantenförderer *Namdeb*, Produzent von Namibias wichtigstem Exporterzeugnis und Namibias größter Steuerzahler, hat wegen der gesunkenen Nachfrage seine Produktion drastisch zurückgefahren und schließt Entlassungen nicht mehr aus. Aktuelle Schätzungen sprechen von ca. 2.000 Stellen, die im Bergbau verloren gehen werden. Darüber hinaus ist eine deutliche Reduzierung der Investitionen, bzw. die Streichung von

¹⁵ Ab September begann das Ende 2006 neu geschaffene Ministerium für Veteranenangelegenheiten alle einst auf Seiten der Befreiungsbewegung aktiven Veteranen und Aktivisten des Befreiungskampfes zu registrieren. Das Ministerium rechnet mit 40.000 – 50.000 Registrierungen, wobei nur die Bedürftigen unter ihnen die monatliche Veteranenrente erhalten sollen. Diese soll solchen Veteranen zustehen, deren Einkünfte unter der Steuerfreigrenze (z.Zt. 3.000 N\$ pro Monat) liegen. Die anderen, zu denen auch die Veteranen No.1 (Pohamba) und 2 (Nujoma) gehören, sollen bisher nicht spezifizierete Vergünstigungen, wie freien Eintritt in Museen u.ä. erhalten.

Expansionsplänen, etwa bei der Urangewinnung, zu erwarten. Die Zahl der neu vergebenen Explorationslizenzen ist 2008 bereits stark zurückgegangen. Das ganze Ausmaß des Rückgangs von Produktion und Investition im namibischen Bergbau ist aber gegenwärtig noch nicht abzusehen. Über dessen gesamtwirtschaftliche Auswirkungen gibt es daher noch keine Analysen. Allein die bisher bekannt gewordenen Informationen verheißten jedoch nichts Gutes.

... aber im Tourismus herrscht weiter verhaltener Optimismus

Unter Arbeitsmarktgesichtspunkten rückt noch eine andere Branche in den Blickpunkt, die ebenfalls von der Nachfrage aus dem Ausland abhängt, nämlich der Fremdenverkehr. Während der Bergbau vor der Krise gerade einmal 6.000 Arbeitsplätze bot, beschäftigt die Tourismusbranche, die über Jahre zweistellige Umsatzzuwächse zu verzeichnen hatte, mittlerweile 77.000 Personen (2007; 2006: 74.000), was annähernd 20% aller Arbeitsplätze in Namibia entspricht. Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Krise auf die Reisefreudigkeit der in den letzten Jahren immer zahlreicher ins Land strömenden ausländischen Gäste auswirken wird, noch sind nur geringe Buchungsrückgänge zu verzeichnen. Dafür, dass die hiesige Fremdenverkehrsindustrie einigermaßen ungeschoren durch die Krise kommt, könnte unter anderem die anhaltende Schwäche der hiesigen Leitwährung, des südafrikanischen Rand sorgen, dem für 2009 ein weiterer Verfall vorhergesagt wird. Einen zusätzlichen Schub verspricht sich man sich von der Fußball-WM 2010 in Südafrika. Es sind wohl eher hausgemachte Probleme, wie etwa die wachsende Kriminalität, die dem Tourismus einen weiteren Dämpfer aufsetzen könnten.

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU hängt weiter in der Schwebe

Als Folge der Krise im Bergbau wird es umso wichtiger sein, dass nicht noch weitere Bereiche der namibischen Exportwirt-

schaft in Probleme geraten. Dies könnte nach wie vor den namibischen Agrarexporten nach Europa drohen, so fern es am Ende wider Erwarten doch nicht zur Unterschrift Namibias unter ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) genanntes Freihandelsabkommen einer Gruppe von SADC-Staaten mit der Europäischen Union kommt. Eine am 1.1. 2008 in Kraft getretene Interimsvereinbarung (IEPA) sichert erstmals zoll- und quotenfreien Zugang zum europäischen Markt, der besonders für die namibischen Exportprodukte Fleisch (Warenwert 2006: ca. 30 Mio. Euro) und Tafeltrauben (Warenwert 2006: ca. 40 Mio. Euro) von Bedeutung ist. Doch dieses Abkommen wurde von namibischer Seite nur unter dem Vorbehalt paraphiert, dass über die lange – und seitdem weiter angewachsene – Liste namibischer Bedenken nachverhandelt werden könne¹⁶. Auf einem von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* organisierten Parlamentarierbriefing im Oktober stellte Namibias Verhandlungsführer klar, dass auch ein Scheitern der weiter andauernden Verhandlungen nach wie vor eine Option sei. Ob Namibia damit, jedenfalls in der aktuellen Situation, so gut beraten wäre, steht auf einem anderen Blatt – auch wenn einige der namibischen Bedenken völlig berechtigt und nachvollziehbar sind. Allein bei den Schlachthöfen der staatlichen MEATCO wären möglicherweise 600 Arbeitsplätze gefährdet.¹⁷

¹⁶ Ende 2007 hatte Namibia am Interimsabkommen 4 Vertragspunkte abgelehnt: 1) Meistbegünstigungsstatus für die EU in allen künftigen von Namibia (oder SADC) vereinbarten Handelsverträgen mit Drittländern, 2) Verzicht auf neue Exportsteuern und –abgaben (etwa auf Rohstoffe mit dem Ziel der Förderung der Weiterverarbeitung im Land), 3) Ersatz der SACU- und SADC-Regelungen zum Schutz von ‚Infant Industries‘ (in Namibia zur Zeit: Molkereiprodukte und Teigwaren, die im Land produziert werden) durch eine 12jährige Übergangsperiode nach dem solche Schutzzölle auslaufen, bzw. neuverhandelt werden sollen; 4) Freier Warenverkehr in den Ländern, die Teil des „SADC-EPA“-Gebiets sind (BLNS, Mosambik, Südafrika)

¹⁷ Namibia verhandelt zusammen mit dem Rest der SACU-Länder sowie Mosambik das „SADC-EPA“.

Arbeitsplätze loszuwerden scheint leichter als neue zu schaffen....

Schon vor Beginn der Wirtschaftskrise hatte es Namibias Arbeitsmarkt hart getroffen. Der kurzzeitig größte private Arbeitgeber Namibias, die malaysische Textilfirma *Ramatex*, hatte im März endgültig seine Tore geschlossen und die restlichen 2.800 seiner einstmaligen 6.000 Arbeiterinnen entlassen. Überraschend kam das nicht. Allgemein galt dieser Schritt seit längerem als überfällig, da nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens zum 31.12. 2004 und dessen System der Länderquoten, das eigentliche Motiv für eine Textil- und Bekleidungsproduktion am Standort Namibia entfallen war. Sieht man einmal von den direkt Betroffenen und ihren Familien ab, hielt sich auch das Bedauern darüber in Grenzen, obwohl bei landesweit ca. 400.000 Beschäftigten – und einer Arbeitslosenrate von 37% – ein solcher Verlust kein Pappenstil ist. *Ramatex* aber hatte seit Eröffnung seiner Produktionsstätten in 2002 von Umweltschützern, wegen seiner für namibische Verhältnisse äußerst niedrigen Löhne, bzw. wegen menschenwürdiger Arbeitsbedingungen unter öffentlichem Dauerbeschuss gestanden.

Auch gute Taten können Jobs kosten. Als gut gemeint, aber vielleicht nicht ganz so gut gemacht, könnte sich die Neuregelung im Arbeitsgesetz herausstellen, nach der Leiharbeit künftig vollständig verboten ist. Nach dem die Klage der Leiharbeitsbranche gegen das neue Gesetz im November vom Gericht abgewiesen wurde, setzte Arbeitsminister *Ngatjizeko* diesen Teil des Arbeitsgesetzes mit Wirkung zum 1.3. 2009 in Kraft. Er verband dies mit dem Aufruf an die Arbeitgeber, ihre Leihar-

Im Zuge der EPA-Verhandlungen scheint es zu starken Spannungen und Interessenskonflikten innerhalb von SACU gekommen sein. Während auf der einen Seite Südafrika zusammen mit Namibia eine harte, v.a. industriepolitisch gefärbte Linie vertreten, plädieren die anderen, an vorderster Stelle Botswana, für einen schnellen Abschluss. Auch ein Auseinanderbrechen von SACU wird offenbar nicht mehr ausgeschlossen.

beitskräfte nun fest einzustellen. Zwar war eine stärkere Regulierung der Leiharbeit fraglos von Nöten. Ob aber ein Totalverbot die richtige Antwort auf Missbrauch und ausbeuterische Praktiken darstellt, wird nicht nur von den Arbeitgebern bezweifelt. Dies gilt für unsichere Krisenzeiten, wie diesen, ganz besonders. Einigen Glücklichen werden wohl tatsächlich feste Arbeitsplätze winken, ein anderer Teil von den Firmen als Tagelöhner direkt angeheuert, ein größerer Teil aber dürfte zum Opfer von Rationalisierungen werden. Die Leiharbeitsfirmen, die sich nun selbst abwickeln müssen, werden versuchen in neuem Gewand und mit neuen Geschäftsmodellen als Anbieter von Personaldienstleistungen am Markt zu bleiben. Insgesamt jedoch ist zu erwarten, dass der arbeitsplatzpolitische Nettoeffekt negativ ist, die Armut im Land dadurch sicher nicht abnimmt.

Die Armut im Land hat zugenommen – statistisch betrachtet...

Während die Statistiker noch vor einem Jahr im Zehnjahresvergleich und auf der Basis der Haushaltserhebung 2003/2004 Fortschritte bei der Armutsminderung und eine leichte Verbesserung in Bezug auf die weiterhin extrem ungleiche Einkommensverteilung verkündeten, zeichnet eine neue Analyse der Armutssituation im Land wieder ein düsteres Bild.¹⁸ Auf der Basis einer neuen Armutsdefinition, die nun internationalen Standards entspricht, ändert

¹⁸ „A Review of Poverty and Inequality in Namibia“, herausgegeben vom Central Bureau of Statistics (October 2008). Die Analyse nutzt zwar die alten Daten, interpretiert diese jedoch anhand einer neu definierten Armutslinie auf der Basis des „Cost of Basic Needs (CBN)“- Ansatzes. Während in Namibia Armut bisher durch den Anteil der Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben bestimmt wurde (60% bzw. 80%) kommt der neue Ansatz zu absoluten Armutsgrenzen, auf der Basis der Kosten eines Warenkorb des physiologischen Minimalbedarfs, der neben Lebensmitteln auch andere Grundbedarfsartikel enthält. Bei einem Ausgabenniveau von unter N\$ 262,45 pro „Erwachsenenäquivalent“ ist man arm, unter N\$ 184,56 „sehr arm“ („severly poor“).

sich am Anteil der Armen (27,6% statt bisher 27,8%) praktisch nichts. Der Anteil der „sehr armen“ („severly poor“) Namibier aber liegt mit 13,8% nun plötzlich dreimal so hoch, wie unter der alten Definition. Mit der Neudefinition ändert sich zwar nicht die Lebenssituation der betroffenen Menschen, vielleicht aber das Bewusstsein dafür, wie dramatisch die Lebensumstände eines weiterhin großen Teils der Namibier tatsächlich sind. Die Studie gibt darüber hinaus ein detailliertes Armutsprofil von Namibia, auf das hier nicht eingegangen werden kann. Auch die eklatanten Einkommensdisparitäten beleuchtet der Report auf ein Neues: Die Ausgaben der ärmsten 10% der Namibier entsprechen 1% der Gesamtausgaben, die der reichsten 10% dagegen 50%. Oder anders ausgedrückt: Die reichsten 10% konsumieren 50 Mal so viel wie die ärmsten 10%. Diese und andere Zahlen machen einmal mehr deutlich, dass Namibia in der Disziplin „ungleiche Lebensverhältnisse“ zusammen mit wenigen anderen weltweit einen traurigen Spitzenplatz einnimmt.

Armutsbekämpfung durch ein garantiertes Grundeinkommen? Der Test...

Die riesigen Einkommens- und Vermögensunterschiede und die skandalöse Armut weiter Bevölkerungsteile hatte bereits vor Jahren zur Diskussion um die Einführung einer „Basic Income Grant“ (BIG), d.h. einer Art Bürgergeld oder garantiertem Grundeinkommen geführt. Der Vorschlag einer monatlichen Transferzahlung für alle in Höhe von 100 N\$ (ca. 8 Euro)¹⁹ war erstmals im Jahre 2002 von einem von der Regierungskommission in die Debatte gebracht worden. 2005 wurde eine „BIG Coalition“, unter Führung der Kirchen gegründet, die seither intensive Lobbyarbeit für diesen Ansatz betrieb. Nachdem der Lobbyansatz keine Ergebnisse erbrachte, entschloss sich die Koalition auf eigene

¹⁹ Bei einfacher Umrechnung nach dem aktuellen Wechselkurs. Die reale Kaufkraft, gemessen in „Kaufkraftparitäten“, dürfte jedoch fast das Doppelte betragen.

Faust loszulegen. Anfang 2008 wurde ein – aus Spenden finanziertes - Pilotprojekt auf den Weg gebracht, das den Bewohnern einer 1.000 Einwohner zählenden Armensiedlung über zwei Jahre ein solches Grundeinkommen garantiert. Über diesen Zeitraum soll getestet werden, ob BIG geeignet ist, die Armut langfristig zu verringern. Ende September wurde eine – von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* finanziell unterstützte – Zwischenevaluierung vorgelegt, die eine Reihe von beeindruckenden Ergebnissen erbrachte, aber auch zu kontroversen Reaktionen geführt hat.

Ob es nach der Testphase gelingen wird, das Grundeinkommen als staatlich finanziertes landesweites Programm einzuführen, wird aber nicht allein von den Ergebnissen des Tests abhängen, die, das ist nach der Zwischenbilanz abzusehen, positiv sein werden.

Die Frage wird eher sein, ob sich die namibische Regierung traut, ein Transfersystem einzuführen, das so bisher nirgendwo auf der Welt existiert und von das ihr Institutionen, wie der IWF, abraten. Vorbehalte gibt es nicht nur wegen Zweifeln an seinen Wirkungen (die der Test ausräumen soll), sie betreffen auch Fragen der Finanzierbarkeit und administrativen Machbarkeit. Im Kern ist es aber eine philosophische bzw. ideologische Debatte.

Befürworter halten das Modell für finanzierbar. Je nach Ausgestaltung (alle unter 60; d.h. bis die staatliche Altersrente einsetzt, oder alle zwischen 6 und 60, d.h. ab Beginn des Schulalters, wie es u.a. die Regierungskommission vorgeschlagen hatte, auch um unerwünschten *Incentives* vorzubeugen) und abhängig davon, ob sich die Verwaltungskosten, auf einem vernünftigen Niveau, d.h. bei etwa 10% begrenzen lassen, würde es sich um brutto etwa 2,4 Mrd N\$ pro Jahr handeln, die hier in die (öffentliche) Hand genommen werden müsste. Dies entspräche grob 10% des (heuer um 26% erhöhten) Staatshaushaltes bzw. 4% des namibischen Sozialprodukts, oder auch dem 2-2,5 fachen dessen, was

der namibische Staat gegenwärtig an Altersrenten an alle über Sechzigjährigen auszahlt. Detaillierte Gegenfinanzierungsvorschläge liegen im Übrigen auf dem Tisch.

Machbar erscheint ihnen das Modell auch. Gerade Namibia hat seit Jahren Erfahrungen mit der Administration von Transferzahlungen im landesweiten Maßstab in Gestalt der allgemeinen staatlichen Grundrente. Die namibische Post, die auch die Zahlungen im Pilotprojekt abwickelt, hat bereits erklärt, dass sie in der Lage sei, die Auszahlung eines landesweiten BIG vorzunehmen.

Letztlich ist es wohl vor allem eine Frage des politischen Willens, wobei die Wirtschaftskrise für die BIG-Befürworter leider zum völlig falschen Zeitpunkt gekommen sein dürfte. Man darf gespannt sein, wie der bevorstehende Wahlkampf, in dem die Koalition das Thema aggressiv mit den Erfahrungen des Pilotprojektes bewerben möchte, die Haltung der SWAPO, die auch die nächste Regierung stellen wird, beeinflusst.